

Substanzielles Protokoll 84. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 13. Januar 2016, 17.00 Uhr bis 19.11 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Matthias Wiesmann (GLP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Christina Hug (Grüne)

Substanzielles Protokoll: Sarah Stutte

Anwesend: 116 Mitglieder

Abwesend: Walter Angst (AL), Marianne Aubert (SP), Thomas Kleger (FDP), Martin Luchsinger (GLP), Joe A. Manser (SP), Severin Pflüger (FDP), Peter Schick (SVP), Thomas Schwendener (SVP), Heinz F. Steger (FDP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|--------------------------|---|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2015/405 | *
A/P
**
Motion von Roger Tognella (FDP) und Marco Denoth (SP) vom 16.12.2015:
Umsetzung der «Standortstrategie Schutz & Rettung», Vorlage einer Weisung an den Gemeinderat | PV |
| 3. | 2013/392 | Weisung vom 16.12.2015:
Motion der SP-, Grüne- und der GLP-Fraktion sowie 4 Mitunterzeichnenden betreffend Realisierung der Massnahmen zur Aufwertung der Stadträume in den Quartierzentren (QUARZ) am Lindenplatz unter Einbezug des Quartiers, Antrag auf Fristerstreckung | VTE |
| 4. | 2013/414 | Weisung vom 16.12.2015:
Motion der FDP- und CVP-Fraktion betreffend Aufwertung des Raums Lindenplatz-Altstetterstrasse-Bahnhof Altstetten unter Einbezug der betroffenen Quartiere und der Limmattalbahn, Antrag auf Fristerstreckung | VTE |
| 5. | 2015/231 | Weisung vom 01.07.2015:
Landwirtschaftsbetrieb Gfellerhof, Schwamendingen, Neubau Remise und Erweiterung Futteranlage, Objektkredit | VTE |
| 6. | 2015/257 | Weisung vom 19.08.2015:
Tiefbauamt, Baulinienvorlage Ankerstrasse, Festsetzung | VTE |

- | | | | | |
|-----|--------------------------|-----|--|-----|
| 7. | 2015/282 | | Weisung vom 02.09.2015:
Tiefbauamt, Erneuerung Baurecht an KIBAG Beton AG für den Weiterbetrieb der Betonaufbereitungs- und Kiesumschlaganlage beim Hafen Tiefenbrunnen, Vertragsgenehmigung | VTE |
| 9. | 2015/288 | | Interpellation der AL-Fraktion vom 02.09.2015:
Beteiligung des ewz an der Limmat Energie AG, Gründe für die Realisierung des Fernwärmeprojekts in den Quartieren Altstetten und Höngg auf einer privatrechtlichen Basis und für den Verzicht auf eine Ausschreibung sowie Rechtsgrundlagen für den Beteiligungsbeschluss in eigener Kompetenz des Stadtrats | VIB |
| 10. | 2015/408 | E | Postulat von Andreas Kirstein (AL) vom 16.12.2015:
Ausweitung der In-House-Erschliessung mit optischen Telekommunikationssteckdosen auf nicht als Wohneinheiten oder Gewerberäume gekennzeichnete Nebenräume | VIB |
| 11. | 2015/159 | A/P | Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 27.05.2015:
Realisierung von durchgehenden Velorouten sowie attraktiven Fusswegverbindungen entlang der Rämistrasse zwischen dem Bellevue und dem Heimplatz | VTE |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1584. 2016/18 Erklärung der AL-Fraktion vom 13.01.2016: Tag der Bildung

Namens der AL-Fraktion verliest Andrea Leitner Verhoeven (AL) folgende Fraktionserklärung:

Die Alternative Liste unterstützt das „Manifest für die Bildung“, das bereits von mehr als 14'000 Menschen unterzeichnet wurde, und begrüsst seine breite Abstützung durch die gesamte öffentliche Bildungslandschaft. Wir bedauern andererseits, dass diese breitabgestützte Allianz aus Angst vor Eskalation den Weg auf die Strasse scheut, zeigen uns aber solidarisch mit allen Studierenden, Schülerinnen, Schülern und in der Bildung Tätigen, die sich heute auch auf der Strasse gegen die neuen geplanten Sparmassnahmen wehren.

In Zeiten von zunehmenden Schüler- und Studierendenzahlen, steigenden Ansprüchen an Bildungssysteme und Forderungen nach Umsetzung von Reformen, in Zeiten, in denen sich der Wissensstandort Zürich in den Hochschulgebieten baulich erneuern und aufrüsten will, sind von Bund und Kanton geschnürte Sparpakete, die sich direkt oder indirekt auf die Qualität von Wissensvermittlung auswirken, nicht nur kurzfristig, sie sind absurd.

Im Bewusstsein einer der wohlhabendsten Gesellschaften der Welt, die sich immer wieder als aufgeklärt, modern und fortschrittlich bezeichnet, sollte verankert sein, dass jeder Tag des Jahres auch ein Tag der

Bildung ist. In einem Staat wie der Schweiz muss allen seinen Bewohnerinnen und Bewohnern der Zugang zur bestmöglichen Bildung garantiert sein. Tatsächlich würde niemand in diesem Land behaupten, dass Bildung unwichtig sei. Auch würde niemand verneinen, dass ein gutes öffentliches Bildungssystem und solide Ausbildungsstätten in der Schweiz die wahrscheinlich wichtigsten Garanten für den sozialen Zusammenhalt und eine funktionierende Wirtschaft sind.

Vor noch nicht allzu langer Zeit war unser Bildungssystem eine heilige Kuh, der man gab, was sie brauchte. Das war gut so. Leider hat sich dieses Selbstverständnis geändert. Seit ein paar Jahrzehnten haben solvente Investoren und ihre politischen Lobbys die Bildungslandschaft als Saatfeld für ihre Millionen entdeckt. Diese argumentieren über den Wert von Bildung ähnlich wie Nestlé-Brabeck über das Wasser: Alles muss seinen Preis haben. Jedes Mal, wenn der Staat ein Sparpaket schnürt, verschachert er ein Stück dieser Bildungslandschaft an den freien Markt. Dieser verwandelt es in Gold oder scheidet es als unrentabel aus. So wie der Mensch immer mehr ökonomisiert wird, werden Bildungsstätten auf diese Weise zu Produktregalen im Supermarkt des Neoliberalismus, von denen man sich nur bedienen darf, wenn man es sich leisten kann. Auf der Strecke bleibt als Allererstes die Chancengleichheit.

Dieser Entwicklung, die durch absolut unnötige Sparpakete weiter verschärft wird, muss einiges mehr entgegen gesetzt werden als ein Tag der Bildung.

Persönliche Erklärungen:

Katharina Prelicz-Huber (Grüne) hält eine persönliche Erklärung zum heutigen Tag der Bildung.

Stefan Urech (SVP) hält eine persönliche Erklärung zum heutigen Tag der Bildung.

Roger Liebi (SVP) hält eine persönliche Erklärung zum heutigen Tag der Bildung.

Urs Fehr (SVP) hält eine persönliche Erklärung zu den Vorfällen in der Silvesternacht in Köln.

Cordula Bieri (Grüne) hält eine persönliche Erklärung zu den Vorfällen in der Silvesternacht in Köln.

Urs Fehr (SVP) hält eine persönliche Erklärung zum Votum von Cordula Bieri (Grüne) und zu den Vorfällen in der Silvesternacht in Köln.

G e s c h ä f t e

1585. 2015/405

Motion von Roger Tognella (FDP) und Marco Denoth (SP) vom 16.12.2015: Umsetzung der «Standortstrategie Schutz & Rettung», Vorlage einer Weisung an den Gemeinderat

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Roger Tognella (FDP) vom 6. Januar 2016 (vergleiche Beschluss-Nr. 1552/2016)

Die Dringlicherklärung wird von 101 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

1586. 2013/392

Weisung vom 16.12.2015:

Motion der SP-, Grüne- und der GLP-Fraktion sowie 4 Mitunterzeichnenden betreffend Realisierung der Massnahmen zur Aufwertung der Stadträume in den Quartierzentren (QUARZ) am Lindenplatz unter Einbezug des Quartiers, Antrag auf Fristerstreckung

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristerstreckung zur Vorlage einer Weisung zur Motion GR Nr. 2013/392.

Der Rat stimmt der sofortigen materiellen Behandlung stillschweigend zu.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: *Wir ersuchen eine Fristerstreckung von zweimal zwölf Monaten. Infolge der Verschiebung, respektive dem Verzicht der Verlängerung der Tramlinie 2 im Rahmen der Tramnetzergänzung, mussten wir die Prioritäten neu setzen. Im Rahmen der Aufwertung QUARZ von Lindenplatz, Altstetterstrasse und Bahnhof Altstetten hat man den Start des Projekts auf 2016 angesetzt. Das Vorprojekt wird frühestens auf 2017 machbar sein. Das Detailprojekt wird frühestens auf 2018 bereit sein. Die geforderte Verlängerung um zweimal zwölf Monate gilt für beide Weisungen.*

STR Filippo Leutenegger gibt folgende Änderung des Antrags des Stadtrats bekannt:

Die Frist zur Erfüllung der am 26. März 2014 überwiesenen Motion, GR Nr. 2013/392, der SP-, Grüne- und der GLP-Fraktion sowie 4 Mitunterzeichnenden vom 13. November 2013 betreffend Realisierung der Massnahmen zur Aufwertung der Stadträume in den Quartierzentren (QUARZ) am Lindenplatz unter Einbezug des Quartiers, wird um 24 12 Monate bis zum 26. März ~~2018~~ 2017 verlängert.

Referent Änderungsantrag:

Alan David Sangines (SP): *Als wir die Motion einreichten, war es absehbar, dass die Tramlinie 2 nicht durch die Altstetterstrasse führen wird. Weil wir genau nicht wollten, dass die Vorlage der verkehrsberuhigten Altstetterstrasse herausgezögert oder neu geplant wird, haben wir die Motion eingereicht. Wir sind der Meinung, dass man die Strasse rasch verkehrsberuhigen und die geplanten QUARZ-Massnahmen rasch umsetzen soll. Zweimal zwölf Monate Verlängerung zu fordern, ist genau das Gegenteil davon, was die Motion verlangt. Mit sofort meinen wir sofort und haben dem Stadtrat ein Jahr Zeit dazu gegeben. Wir sehen nicht ein, warum ein neues Projekt nötig sein sollte. Es gibt ein Verkehrskonzept und eine visuelle Gestaltung, nimmt man die Tramlinie heraus, muss man nicht ein ganz neues Projekt aufgleisen. Man war schon ziemlich weit fortgeschritten und eine Herausnahme der Tramlinie vereinfacht nur den Prozess, anstatt ihn zu verkomplizieren. Eine Fristverlängerung von drei Monaten ist unserer Meinung nach angemessen. Wir wollen die verkehrsberuhigte Altstetterstrasse jetzt realisiert wissen.*

Änderungsantrag

Alan David Sangines (SP) stellt namens der SP-Fraktion folgenden Änderungsantrag:

Die Frist zur Erfüllung der am 26. März 2014 überwiesenen Motion, GR Nr. 2013/392, der SP-, Grüne- und der GLP-Fraktion sowie 4 Mitunterzeichnenden vom 13. November 2013 betreffend Realisierung der Massnahmen zur Aufwertung der Stadträume in den Quartierzentren (QUARZ) am Lindenplatz unter Einbezug des Quartiers, wird um 42 3 Monate bis zum 26. März ~~2017~~ Juni 2016 verlängert.

Der Rat stimmt dem Antrag der SP-Fraktion mit 63 gegen 53 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über den bereinigten Antrag des Stadtrats

Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag des Stadtrats mit 90 gegen 26 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 26. März 2014 überwiesenen Motion, GR Nr. 2013/392, der SP-, Grüne- und der GLP-Fraktion sowie 4 Mitunterzeichnenden vom 13. November 2013 betreffend Realisierung der Massnahmen zur Aufwertung der Stadträume in den Quartierzentren (QUARZ) am Lindenplatz unter Einbezug des Quartiers, wird um 3 Monate bis zum 26. Juni 2016 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

1587. 2013/414

Weisung vom 16.12.2015:

Motion der FDP- und CVP-Fraktion betreffend Aufwertung des Raums Lindenplatz–Altstetterstrasse–Bahnhof Altstetten unter Einbezug der betroffenen Quartiere und der Limmattalbahn, Antrag auf Fristerstreckung

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristerstreckung zur Vorlage einer Weisung zur Motion GR Nr. 2013/414.

Der Rat stimmt der sofortigen materiellen Behandlung stillschweigend zu.

STR Filippo Leutenegger gibt folgende Änderung des Antrags des Stadtrats bekannt:

Die Frist zur Erfüllung der am 26. März 2014 überwiesenen Motion, GR Nr. 2013/414, der FDP- und CVP-Fraktion vom 27. November 2013 betreffend Aufwertung des Raums Lindenplatz–Altstetterstrasse–Bahnhof Altstetten unter Einbezug der betroffenen Quartiere und der Limmattalbahn, wird um ~~24~~ 12 Monate bis zum 26. März ~~2018~~ 2017 verlängert.

Schlussabstimmung

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 113 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 26. März 2014 überwiesenen Motion, GR Nr. 2013/414, der FDP- und CVP-Fraktion vom 27. November 2013 betreffend Aufwertung des Raums Lindenplatz–Altstetterstrasse–Bahnhof Altstetten unter Einbezug der betroffenen Quartiere und der Limmattalbahn, wird um 12 Monate bis zum 26. März 2017 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

1588. 2015/231

Weisung vom 01.07.2015:

Landwirtschaftsbetrieb Gfellerhof, Schwamendingen, Neubau Remise und Erweiterung Futterlager, Objektkredit

Antrag des Stadtrats

1. Für die Erweiterung des Futterlagers, den Neubau einer zentralen Remise für Fahrzeuge und Maschinen sowie für die Herrichtung des Vorplatzes und des Pausenraums für Schulklassen wird gemäss Projekt und Kostenvoranschlag ein Objektkredit von Fr. 2 985 000.– einschliesslich Mehrwertsteuer bewilligt.
2. Der Kredit erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (Preisbasis 1. April 2014) und der Bauausführung.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferent:

Heinz Schatt (SVP): *Der Gfellerhof ist einer von neun Landwirtschaftsbetrieben in Zürich, die im Eigentum der Stadt sind. Die Landwirtschaftsbetriebe gehören zum Aufgabengebiet von Grün Stadt Zürich und sind im TED angesiedelt. Sie werden von Pächtern geführt. Alle diese Landwirtschaftsbetriebe ergeben für die Stadt einen Aufwandüberschuss von ungefähr 1,6 Millionen Franken jährlich. Der Gfellerhof liegt am Nordhang vom Züriberg, zwischen den Siedlungsgebieten von Schwamendingen und dem Wald vom Züriberg und grenzt an die Stadtgrenze von Stettbach. Unweit davon befinden sich zwei weitere städtisch betriebene Höfe, der Hubhof und der Adlisberghof. Die drei Betriebe arbeiten eng zusammen und bewirtschaften insgesamt 170 Hektaren Pachtland. Davon gehört dem Gfellerhof ungefähr die Hälfte, er ist ein überdurchschnittlich grosser Landwirtschaftsbetrieb mit Ackerbau und Grossviehhaltung. Weil der Hof das letzte Mal vor zwanzig Jahren erweitert wurde und in Stand gesetzt worden ist, besteht ein grosser Sanierungs- und Erneuerungsbedarf. Ohne diese Sanierungen wäre der Gfellerhof in seiner Existenz bedroht.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Präsident Heinz Schatt (SVP), Referent; Vizepräsidentin Helen Glaser (SP), Andreas Edelmann (SP), Markus Kunz (Grüne), Marcel Müller (FDP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Reto Rudolf (CVP), Marc Schlieper (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Michel Urben (SP)
Enthaltung: Andreas Kirstein (AL)
Abwesend: Guido Hüni (GLP), Kurt Hüsey (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 113 gegen 1 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Präsident Heinz Schatt (SVP), Referent; Vizepräsidentin Helen Glaser (SP), Andreas Edelmann (SP), Markus Kunz (Grüne), Marcel Müller (FDP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Reto Rudolf (CVP), Marc Schlieper (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Michel Urben (SP)
Enthaltung: Andreas Kirstein (AL)
Abwesend: Guido Hüni (GLP), Kurt Hüssy (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 110 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Für die Erweiterung des Futterlagers, den Neubau einer zentralen Remise für Fahrzeuge und Maschinen sowie für die Herrichtung des Vorplatzes und des Pausenraums für Schulklassen wird gemäss Projekt und Kostenvoranschlag ein Objektkredit von Fr. 2 985 000.– einschliesslich Mehrwertsteuer bewilligt.
2. Der Kredit erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (Preisbasis 1. April 2014) und der Bauausführung.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 20. Januar 2016 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 19. Februar 2016)

1589. 2015/257

Weisung vom 19.08.2015:

Tiefbauamt, Baulinienvorlage Ankerstrasse, Festsetzung

Antrag des Stadtrats

1. Die Bau- und Arkadenbaulinie der Ankerstrasse im Bereich der Liegenschaft Ankerstrasse 9 werden gemäss Vorlage des Stadtrats, Baulinienplan Nr. 2015-24 abgeändert, gelöscht und neu festgesetzt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen am Baulinienplan Nr. 2015-24 in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sie sich als Folge von Rekursen oder im Genehmigungsverfahren als notwendig erweisen. Solche Beschlüsse sind im Städtischen Amtsblatt und im Amtsblatt des Kantons Zürich zu veröffentlichen.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferent:

Roger Tognella (FDP): *Die Arkadenbaulinie der Ankerstrasse gab Anlass zu langen Diskussionen in der Polizei- und Verkehrskommission. Die Diskussion hat sich erschöpft und in der Beratung wurden wir einig, dass man die Baulinie, so wie sie von der Bauherrschaft gewünscht ist, beschliesst und die Bauherrschaft somit bauen kann.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK PD/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Marianne Aubert (SP), Referentin; Präsident Roger Tognella (FDP), Andreas Egli (FDP), Markus Hungerbühler (CVP), Hans Jörg Käppeli (SP), Thomas Kleger (FDP), Markus Knauss (Grüne), Christoph Marty (SVP), Derek Richter (SVP), Alan David Sangines (SP), Guido Trevisan (GLP), Florian Utz (SP) i. V. von Vizepräsidentin Simone Brander (SP)

Enthaltung: Christina Schiller (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PD/V mit 104 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK PD/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Marianne Aubert (SP), Referentin; Präsident Roger Tognella (FDP), Andreas Egli (FDP), Markus Hungerbühler (CVP), Hans Jörg Käppeli (SP), Thomas Kleger (FDP), Markus Knauss (Grüne), Christoph Marty (SVP), Derek Richter (SVP), Alan David Sangines (SP), Guido Trevisan (GLP), Florian Utz (SP) i. V. von Vizepräsidentin Simone Brander (SP)

Enthaltung: Christina Schiller (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PD/V mit 113 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Die Bau- und Arkadenbaulinie der Ankerstrasse im Bereich der Liegenschaft Ankerstrasse 9 werden gemäss Vorlage des Stadtrats, Baulinienplan Nr. 2015-24 abgeändert, gelöscht und neu festgesetzt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen am Baulinienplan Nr. 2015-24 in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sie sich als Folge von Rekursen oder im Genehmigungsverfahren als notwendig erweisen. Solche Beschlüsse sind im Städtischen Amtsblatt und im Amtsblatt des Kantons Zürich zu veröffentlichen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 20. Januar 2016 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 19. Februar 2016)

1590. 2015/282

Weisung vom 02.09.2015:

Tiefbauamt, Erneuerung Baurecht an die KIBAG Beton AG für den Weiterbetrieb der Betonaufbereitungs- und Kiesumschlaganlage beim Hafen Tiefenbrunnen, Vertragsgenehmigung

Antrag des Stadtrats

Der am 3. Juli 2015 öffentlich beurkundete Baurechtsvertrag mit der KIBAG Beton AG, Seestrasse 404, 8038 Zürich, für den Weiterbetrieb der Betonaufbereitungs- und Kiesumschlaganlage auf dem städtischen Grundstück Kat.-Nr. RI5125 beim Hafen Tiefenbrunnen wird genehmigt.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferentin:

Onorina Bodmer (FDP): Der KIBAG Beton AG ist 1980 für die Dauer von 30 Jahren ein selbständiges und dauerndes Baurecht an den Anlagen auf dem städtischen Grundstück bei den Hafenanlagen Tiefenbrunnen eingeräumt worden. Mit dem Vertrag

von 2010 ist das Baurecht bis Ende 2015 verlängert worden. Die KIBAG Beton AG betreibt zusätzlich, gestützt auf die Sondervorschriften KIBAG Areal Mythenquai, auf einem Grundstück der KIBAG Immobilien AG ein Betonwerk mit Umschlagplatz in Wollishofen. 2010 ist der Baurechtsvertrag seitens der Stadt nur befristet verlängert worden, weil man verschiedene Abklärungen betreffend Richtplan und Aufwertung des Seebeckens vornehmen wollte. Die Erkenntnis aus der Testphase für das Wassersportzentrum mit Hafen, Marina Tiefenbrunnen, zeigt, dass sich der Betrieb der KIBAG in die geplante Hafenanlage integrieren lässt. Alternativstandorte zu den Standorten in Tiefenbrunnen und Wollishofen sind auf dem Stadtgebiet oder in den näheren Seegemeinden keine eruiert worden. Beide Anlagen sind jetzt im kantonalen Richtplan Verkehr als Kies- und Sandumschlagverarbeitung und -verteilung in Verbindung mit Bahn- und Schiffftransport aufgeführt, im Interesse möglichst kurzer Transportwege und zur Vermeidung von zusätzlichen LKW-Fahrten. Die KIBAG ist am Weiterbetrieb sowie der Erweiterung der Anlagen am Standort Tiefenbrunnen interessiert. Mit der Baurechtserneuerung verpflichtet sich die KIBAG, im Sinne einer Betriebsauflage, ab Inbetriebnahme die Förderanlage Zement ausschliesslich und Sand und Kies zu einem Teil von 35 % per Bahn anzuliefern, das sind 25 % mehr als heute. Die Anlieferung per Lastwagen ist auf höchstens 40 % zu beschränken, also 25 % weniger als heute. Der Rest soll wie bisher mit einem Anteil von 25 % per Schiff angeliefert werden. Der gesamte Anteil von Schiff und Bahn darf laut Stadtrat nicht unter 50 % sinken. Des Weiteren hat sich die KIBAG verpflichtet, für die stadtverträgliche Abwicklung des Verkehrsaufkommens mit möglichst kurzen Transportwegen, das Betonwerk am Standort in Wollishofen für mindestens zusätzliche 15 Jahre weiterzubetreiben. Die Kommission beantragt einstimmig die Zustimmung zum stadträtlichen Antrag.

Weitere Wortmeldung:

Linda Bär (SP): Die SP freut sich darüber, dass die KIBAG in Zürich einen Industrieplatz hat, wo sie Kies produzieren kann. Wir haben uns nur ein wenig daran gestört, dass die KIBAG auf der Wollishofenseite eigenes Land besitzt, während sie auf städtischem Boden auf günstigem Baurecht den Kies produziert. Sie konnte jedoch glaubhaft machen, dass ihr Herz für das Betongeschäft schlägt.

Schlussabstimmung

Die SK FD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Martin Luchsinger (GLP), Referent; Präsident Dr. Davy Graf (SP), Vizepräsident Matthias Probst (Grüne), Linda Bär (SP), Onorina Bodmer (FDP), Simon Diggelmann (SP), Urs Fehr (SVP), Adrian Gautschi (GLP), Eva Hirsiger (Grüne), Niklaus Scherr (AL), Dr. Pawel Silberring (SP), Claudia Simon (FDP) i. V. von Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Katharina Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK FD mit 115 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der am 3. Juli 2015 öffentlich beurkundete Baurechtsvertrag mit der KIBAG Beton AG, Seestrasse 404, 8038 Zürich, für den Weiterbetrieb der Betonaufbereitungs- und Kiesumschlaganlage auf dem städtischen Grundstück Kat.-Nr. RI5125 beim Hafen Tiefenbrunnen wird genehmigt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 20. Januar 2016 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 19. Februar 2016)

1591. 2015/288

Interpellation der AL-Fraktion vom 02.09.2015:

Beteiligung des ewz an der Limmat Energie AG, Gründe für die Realisierung des Fernwärmeprojekts in den Quartieren Altstetten und Höngg auf einer privatrechtlichen Basis und für den Verzicht auf eine Ausschreibung sowie Rechtsgrundlagen für den Beteiligungsbeschluss in eigener Kompetenz des Stadtrats

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 1014 vom 2. Dezember 2015).

***Andreas Kirstein (AL)** nimmt Stellung: Der Stadtrat verzichtete auf ein formelles Vergabe- respektive Konzessionsverfahren, da, laut Antwort, ein funktionierender Anbieter in diesem Wettbewerb schlicht nicht erwartet werden konnte. Auf die Frage nach der Aushebelung der demokratischen Rechte antwortete der gleiche Stadtrat, dass die Freiheitsrechte von Bürgerinnen und Bürger im vorliegenden Fall nicht betroffen seien. Es könne nicht von einem hoheitlichen Verwaltungshandeln, sondern von einer industriellen Tätigkeit in einem vom Wettbewerb geprägten Wärme- und Kältemarkt ausgegangen werden. Dazu würden wir gerne noch eine klare Antwort haben. Für uns handelt es sich um ein klassisches Outsourcing-Projekt. Zum ersten Mal wird in Zürich ein solch grosses Energieprojekt an eine privatrechtlich organisierte Firma übertragen. Das ist ein Vorchecking zur Ausgliederung des ewz. Laut dem Stadtrat haben sich die Geschäftsfelder des ewz und der Energie 360° AG in den letzten Jahren immer mehr angenähert und sich bereits teilweise überschritten. Wir sehen das auch so, aber aus unserer Sicht wäre dies ein Grund, die energiepolitische Strategie der Stadt auch institutionell neu zu ordnen. Das hiesse, die Energie 360° AG wieder zu rekommunalisieren. Alle Energieerzeuger und alle Dienstleistungsanbieter im Energiesektor sollten in einer städtischen Dienststelle, die weiterhin unter der Kontrolle des Gemeinderats verbleibt, zusammengefasst werden. Weil die Energieversorgung und -verteilung eine kommunale Aufgabe ist.*

Weitere Wortmeldungen:

***Niklaus Scherr (AL):** Das Vorgehen bei der Limmat Energie AG krankt an einem doppelten Defizit. Das eine Defizit betrifft die Frage der Energieplanung in der Stadt. Wie die Stadt 2016 die Energiestrategie 2050 beschliesst und in welchen Quartieren man mit welchen Energieträgern operieren will, ist eine strategisch wichtige Frage. Über die Energieerschliessung der künftig immer mehr verdichteten Stadt will der Stadtrat still und leise beschliessen. Dazu passt, dass eines der Teilstücke dieser neuen Energiestrategie, der grundsätzlich sinnvolle Wärmeverbund in Altstetten auf der Basis des Klärwerks Werdhölzli, im Prinzip eine Weiche stellt, bei der zum zweiten Mal der Gemeinderat und somit auch die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird. Auf der einen Seite hat man hier eine städtische Firma in privatrechtlicher Form, auf der anderen Seite mit dem ewz eine Firma, die noch voll unter der Kontrolle des Parlaments steht. Stadtrat Türler führt sozusagen eigene Gipfelkonferenzen mit sich selbst, indem er als Verwaltungsratspräsident der Energie 360° AG mit sich als Vorsteher des ewz verhandelt. Das Parlament darf mit einer Interpellation Fragen stellen, die nicht vollständig beantwortet werden. Geschweige denn, dass der einschlägige Stadtratsbeschluss zur Gründung der Limmat Energie AG bis heute nicht auf dem Netz aufgeschaltet wurde. Der Businessplan der Limmat Energie AG ist so geheim, dass er mir noch nicht einmal im Rekursverfahren offen gelegt wird. Die Konkurrenz könnte*

dabei erfahren, welche Pläne die doppelte Türler-AG mit sich selber ausmacht. So geht das nicht in einer Demokratie. Wir fragen uns, wieviel Eigenkapital künftig angedacht ist. Dies hat einen Einfluss auf eine eventuelle Volksabstimmung oder darauf, ob das Parlament über eine Kapitalerhöhung beschliessen kann. Allein dies ist schon geheim.

Rebekka Wyler (SP): Die RPK hat zu diesem Geschäft sehr viele Fragen gestellt, vor allem zu den Finanzen. Wir haben im Moment die Behandlung des Geschäfts sistiert, weil der Rekurs läuft und sind froh, dass es im Rat nun eine erste Diskussion zu diesem Geschäft gibt.

Renate Fischer (SP): Aufgrund der geprüften Dokumente ist die GPK zu folgenden Feststellungen gekommen: Erstens, dass die Erstellung des Wärmeverbunds dem kantonalen Richtplan entspricht. Zweitens, dass die freihändige Vergabe des Dienstleistungsauftrags in Altstetten einen Wärmeverbund zu planen, im Hauptfokus stand und Fragen, die auch nach der Prüfung von den beiden vorliegenden Rechtsgutachten noch im Raum standen, mittlerweile geklärt werden konnten. Für die Gründung der Limmat Energie AG ist der Stadtratsbeschluss rechtlich massgebend und nicht der Businessplan. Wenn dieser rechtlich einwandfrei ist, gibt es für die GPK keine Vorbehalte dem Geschäft gegenüber. Wichtig für den Gemeinderat ist es, dass nach den Vorbereitungsarbeiten, für die der Stadtrat Geld in seiner Kompetenz gesprochen hat, je nach Kapitalisierungsbedarf, dieser über den entsprechenden Objektkredit befinden wird. Aufgrund der laufenden Rechtsverfahren sind Abklärungen vorerst sistiert und wir werden das Geschäft wieder aufgreifen, wenn der Bescheid des Bezirksrats vorliegt.

Andreas Edelmann (SP): Das Unbehagen der AL können wir nachvollziehen und warum die ausgelagerte AG die einzige richtige Antwort ist, ist für uns auch nicht abschliessend und schlüssig beantwortet. Wir können uns durchaus vorstellen, dass es hier andere mögliche Konstellationen gibt, bei denen eine städtische Dienstabteilung führend ist. Den Verweis auf den Erdgasrückzug in Zürich-Nord finden wir weit hergeholt. Gerne haben wir gelesen, dass man zur Ankurbelung des Wärmeverbunds auch auf den Stromsparmögens zurückgreifen kann, weil wir diesen jetzt mit den nötigen Mitteln dotiert haben.

Christian Traber (CVP): Es wäre wichtig, solche Dinge rechtzeitig in die zuständigen Gremien oder in den Gemeinderat einzubringen. Man kann über eine Ausgliederung oder über die Gründung einer solchen Firma diskutieren oder von der richtigen Form halten, was man will. Aber dass man darüber nur in einer Spezialkommission orientiert und dies so zur Kenntnis nehmen kann, keine weiteren Fragen dazu gestellt werden, das ist fürs ewz und das DIB nicht der beste Ansatz. Deshalb hoffen wir, dass dies in einer guten Form zum Abschluss gebracht wird und die offenen Fragen geklärt werden können.

Michael Baumer (FDP): In der heutigen Situation, in der man den Wärmeverbund anstreben möchte, geht es erstmal darum, eine Strategie zu erarbeiten. Die rechtliche Würdigung wird dem Rekursverfahren überlassen. In diesem Gebiet gibt es jetzt eine Gasversorgung, wenn man diese nun umwandeln möchte und das Werdhölzli in einen Wärmeverbund integrieren will, hat man am Schluss zwei städtische Unternehmen, die sich konkurrenzieren. Deshalb ist es hier sinnvoll, dass die beiden Unternehmen dies miteinander versuchen aufzugleisen und zu erarbeiten. Und nicht, dass man wie in Zürich-Nord das Ganze abrechnen muss, weil nicht miteinander geredet wurde. Die Diskussion über die ewz-Rechtsform wird derzeit bereits geführt. Ob eine AG oder eine andere Form für die Limmat Energie AG die sinnvollste war, darüber kann man streiten. Das ewz wird als neuer Player integriert, deshalb ist es naheliegend, die Erdgas 360° AG massgeblich an diesem Projekt zu beteiligen. Es ist auch nicht von einer

Privatisierung die Rede, denn es ist alles immer noch in Staatsbesitz.

Markus Kunz (Grüne): *Warum eine neue Firma in dieser Rechtsform benötigt wird, haben wir noch nicht erfahren. Es ist wichtig für die Vertrauensbildung, dass hier absolute Transparenz hergestellt wird. Man möchte gerne wissen, wer hinter einem solch wichtigen Energieversorgungsprojekt mit einem hoheitlichen Aspekt steht. Es gibt Vorleistungen an die AG, damit diese überhaupt akquirieren und planen kann. Man kann behaupten, das sei keine Privatisierung. Aber dann stellt sich die Frage, warum überhaupt eine Auslagerung notwendig ist.*

Roger Liebi (SVP): *Die RPK-Präsidentin hat gesagt, dass man die Situation noch nicht beurteilen kann. Die SP hat sich, trotz allem, anscheinend bereits entschieden, dass alles in Ordnung ist. Wenn es anscheinend keine Konkurrenz gibt, entzieht sich mir die Logik der Geheimhaltungspflicht. Es sind Verträge zwischen zwei städtischen Institutionen. Letztlich zahlt dies der Steuerzahler, dann soll er doch auch Anrecht haben auf Transparenz. Es bleibt ein ungutes Gefühl zurück und ich verstehe nicht, dass damit so unkritisch umgegangen wird.*

Florian Utz (SP): *Wir heissen die Nichtvorlage einer Weisung nicht gut. Wir haben immer in aller Klarheit gefordert, dass die Limmat Energie AG dem Gemeinderat als Weisung vorgelegt werden muss.*

Niklaus Scherr (AL): *Eine Konzession ist ein Rechtsanspruch, das ist ein Sachzwang, den wir nachher nicht mehr beseitigen können. Zur Tragweite der Gründung dieser AG: 1997, als die Erdgasversorgung ausgegliedert wurde, habe ich gefragt, ob wir die Lösung eines industriellen Betriebs diskutieren können, in die alle Energiefirmen integriert sind. Jetzt ist dies eine private AG, das ewz ist noch Teil der Stadtverwaltung und beide wildern in den gleichen energiepolitischen Revieren. Eine Aktiengesellschaft ist gewinnstrebend, wenn die Energie 360° AG unter das städtische privatrechtlich konstruierte Joch Limmat Energie AG genommen wird und damit ihre Gasleitungen zugunsten der Fernwärme stilllegt, schädigt man damit den Unternehmenszweck der Energie 360° AG.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Andres Türler: *Wir haben das Geschäft schnell in den ständigen Kommissionen offen gelegt und auf alle Fragen klar geantwortet. Es wurde nicht im Stillen abgehalten. Die Interpellation ist ein Vorchecking, allerdings eines, um die Rechtsformänderung in Misskredit zu bringen. Altstetten ist ein Gasversorgungsgebiet. Gas ist ein Energieträger, der grossmehrheitlich noch CO₂ ausstösst. Wir haben einen Auftrag des Kantons und auch der Stadt zur CO₂-Reduktion. Wir haben ein ewz mit einem Leistungsauftrag für Energiedienstleistungsanlagen, eine Gasversorgung Zürich, die wir seinerzeit ausgegliedert haben mit dem Auftrag, sich zu einem Energiedienstleister zu entwickeln. Wir haben einen Verwaltungsrat und einen Stadtrat, der darauf achtet, dass ich nicht in eigener Kompetenz wirtschaftete. Man muss schauen, dass man dieses Vorhaben organisiert an die Hand nimmt und dies ist der Grund, ein gemeinsames Unternehmen zu gründen, um abzuklären, wo das Potenzial liegt. Wenn dieses Potenzial gesammelt ist, gibt es selbstverständlich eine Weisung. Es ist noch nichts in Stein gemeisselt. Einmal haben wir den Markt für Fernwärme in diesem Gebiet und dann den Wärmemarkt an sich mit Gas, Strom, Öl, Fernwärme, Wärmepumpe usw. im gleichen Gebiet. Es ist tatsächlich ein Dilemma, dass sich, aufgrund der Marktöffnungen, die Konkurrenz darüber freut, wenn wir alles offen legen. Wir haben in der RPK immer zu allem Auskunft erteilt. Jetzt sind wir daran, in Altstetten das Potenzial abzuklären, ob ein*

Fernwärmeprojekt realisierbar ist, ob es sinnvoll und finanziell sowie ökonomisch tragbar ist. Damit nicht zwei Unternehmungen gegeneinander antreten, sondern miteinander, auch im Interesse der Kundinnen und Kunden, die an diesem Projekt beteiligt sind. Ich möchte mich nicht dem Vorwurf aussetzen, dass wir aus dem Fall Oerlikon nichts gelernt haben.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

Persönliche Erklärung:

Niklaus Scherr (AL) hält eine persönliche Erklärung zum vorhergehenden Geschäft, (TOP 9, GR Nr. 2015/288).

1592. 2015/408

Postulat von Andreas Kirstein (AL) vom 16.12.2015:

Ausweitung der In-House-Erschliessung mit optischen Telekommunikationssteckdosen auf nicht als Wohneinheiten oder Gewerberäume gekennzeichnete Nebenräume

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1593. 2015/159

Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 27.05.2015:

Realisierung von durchgehenden Velorouten sowie attraktiven Fusswegverbindungen entlang der Rämistrasse zwischen dem Bellevue und dem Heimplatz

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Markus Knauss (Grüne) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 970/2015): *Seit 1999 ist die Veloroute Bestandteil des regionalen Richtplans. 2009 wurde dazu eine Motion eingereicht, damals ging es um die Realisierung eines sicheren und durchgehenden Netzes von Velorouten auf Hauptstrassen der Innenstadt bis 2020. Für 22 Projekte wurden Projektierungs- und Investitionskredite verlangt, das erste Projekt war damals schon die Rämistrasse. Die Rämistrasse hat für den Fuss- wie den Veloverkehr grosse Bedeutung. Im Zuge des Masterplans Hochschulquartier rechnen wir mit 45 % mehr Menschen in den Spitzenstunden. Aus einer kantonalen Vertiefungsstudie geht hervor, dass der Autoverkehr nicht mehr zunehmen darf. Der öffentliche Verkehr wird ausgebaut, die Haltestellenlage optimiert und eine Taktverdichtung angestrebt. Doch die Hälfte des Mehrverkehrs muss in den Spitzenstunden zu Fuss oder mit dem Velo bewältigt werden. Pro Stunde müssten 480 Velos mehr die Rämistrasse hinauffahren. Der Kanton überholt die Stadt in Sachen*

Velofreundlichkeit bei weitem. Die Stadt redet sich heraus und meint, die Entwicklungen fänden erst ab 2025 statt. Das stimmt aber nicht. Eines der ersten Projekte ist das Gebäude Wässerwies, mit einem geplanten Baubeginn im Jahr 2020. Es soll möglichst rasch realisiert werden. Es ist eine grosse Herausforderung, einen Veloweg an der Rämistrasse zu realisieren und auch den Fussweg dort attraktiver zu gestalten. Aber mit der passiven Haltung des Stadtrats werden wir nie zu einer sinnvollen Lösung kommen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: *Im Hinblick auf das künftige Hochschulgebiet müssen wir sehr viele Verkehrsregelungen koordinieren. Deshalb sollte die Motion in ein Postulat umgewandelt werden.*

Weitere Wortmeldungen:

Derek Richter (SVP): *Wo an der dicht befahrenen Rämistrasse noch ein Veloweg Platz finden soll, ist uns ein Rätsel. Bei der Rämistrasse handelt es sich um eine Ausnahmetransportroute Typ 3, die so im kantonalen Richtplan eingetragen worden ist. An der Bellevuestrasse sowie am Heimplatz ist keine grundlegende Änderung für Velos realisierbar. Für Fussgänger gibt es schon eine attraktive Verbindung. Wir glauben, dass die heutige Situation zweckdienlich ist.*

Guido Trevisan (GLP): *Die Hälfte der zusätzlichen 45 % Verkehr, die in den Spitzenzeiten zukünftig auf das Hochschulgebiet zukommen, soll per Fuss- oder Veloverkehr bewältigt werden. Es wird also ein Gesamtkonzept und eine Lösung auf zwei Achsen benötigt. Einmal zwischen Central und Hochschulgebiet und dann zwischen Bellevue und Hochschulgebiet. Nicht nur die vom Volk geforderte Städteinitiative bedingt den Fokus auf mehr ÖV, Fuss- und Veloverkehr, die Kapazitätsgrenze zwischen Bellevue und Heimplatz ist für die anderen Verkehrsmittel weitgehend erreicht. Velo- und Fussverkehr sind auf kurze Distanz die platzsparendsten und effizientesten Verkehrsmittel. Für das neue Hochschulgebiet ist für den ÖV und den Veloverkehr nicht nur die Verbindung vom Central her, sondern auch die vom Bellevue her wichtig. Der Fussverkehr vom Bellevue muss nicht zwingend über die Rämistrasse geführt werden. Hier kann man auch ganz neue Lösungen prüfen. Wir stimmen zu, dass die Projekte nicht losgelöst von den übergeordneten Projekten angeschaut werden können. Doch die Grundsatzentscheidungen müssen vom Parlament zeitnah gefällt werden. Schon heute ist der Zugang zum Hochschulgebiet für den Veloverkehr mangelhaft und der ÖV in den Spitzenstunden überlastet.*

Roger Tognella (FDP): *Die Rämistrasse hat topologische Gegebenheiten. Die Grünen möchten am liebsten, dass der Autoverkehr grossräumig um die Stadt herumgeführt wird. Einen Velolift, wie ihn die GLP vorschlägt, finden wir sympathisch. Aber auf einem solchen Lift können nicht so viele Velos transportiert werden und die Gefahr, dass die Technik einmal versagt, ist gross. Man könnte eine Rolltreppe bauen, aber auch diese hat ein relativ grosses Ausfallrisiko. Die Sicherheitsüberlegungen fehlen gänzlich und auch die Kostenüberlegungen. Zürich hat ein leistungsfähiges ÖV-Netz rund um das Hochschulgebiet. Wir werden das Anliegen auch als Postulat ablehnen.*

Markus Hungerbühler (CVP): *Es ist in dem Gebiet geografisch und verkehrstechnisch schwierig, etwas umzusetzen. Ein Velolift oder eine Rolltreppe sind Phantastereien, die an der Realität völlig vorbei gehen und über die Kosten wurde dabei noch gar nicht geredet. Die CVP lehnt die Motion entschieden ab.*

STR Filippo Leutenegger: Wenn man die überfüllten Trams am Morgen sieht und dann bedenkt, dass diese Menschen alle auf die Velos umsteigen müssen, reichen dafür auch die Kapazitäten an der Rämistrasse nicht aus. In der Art und Weise können wir keine Gesamtplanung machen. Wir sind darauf angewiesen, mit dem Kanton ganz andere Denkweisen zu entwickeln. Wenn wir das Volumen bewältigen wollen, müssen wir andere Ausstiegshilfen finden. Mit der vorliegenden Motion hätte man nur eine Auflage, die den ganzen MIV einschränken würde. Man muss den Verkehr als Gesamtsituation betrachten und nicht als Ideologie einer bestimmten Seite. Die gesamtheitliche Lösung wird zeitlich sehr unterschiedlich umgesetzt werden. Dafür benötigen wir diese Entwicklungsschritte und der Kanton muss dabei auch mitziehen.

Markus Knauss (Grüne): Es spricht nichts gegen eine Gesamtlösung. Der Veloverkehr hat eine grosse Bedeutung zur Erschliessung des Hochschulquartiers. Der Kanton ist der Meinung, dass eine Veloroute an der Rämistrasse benötigt wird. Wenn man einen Vorschlag zur Lösung eines realen Problems vorschlägt, tangiert das die Gesamtlösung nicht. Es ist auch mir klar, dass das Hochschulquartier nicht allein mit einem Veloweg erschlossen werden kann.

STR Filippo Leutenegger: In der Zukunft werden dort ganz andere Kapazitäten für Fussgängerinnen und Fussgänger sowie für Velos benötigt. Es gibt Beschränkungen, weil wir dort ein grosses Verkehrsaufkommen haben. Fussgänger und Velos werden eine wichtige Bedeutung haben, denn nur so können wir den öffentlichen Raum auch entlasten. Die Ideen werden aufgenommen, als Gesamtheit angeschaut und sollten nicht isoliert umgesetzt werden.

Markus Knauss (Grüne) ist nicht einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 71 gegen 45 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Persönliche Erklärung:

Martin Götzl (SVP) hält eine persönliche Erklärung zu TOP 10, GR Nr. 2015/408 und gibt bekannt, dass die SVP aus Versehen keinen Ablehnungsantrag zum Postulat gestellt hat.

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1594. 2016/19

Postulat von Christina Schiller (AL) und Andreas Kirstein (AL) vom 13.01.2016: Finanzielle Beteiligung der SBB AG an der Neugestaltung des Max-Frisch-Platzes

Von Christina Schiller (AL) und Andreas Kirstein (AL) ist am 13. Januar 2016 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie sich die SBB AG an der Platzgestaltung des Max-Frisch-Platzes finanziell beteiligen und wie eine faire Kostenaufteilung gefunden werden kann.

Begründung:

Bis jetzt hat der Gemeinderat respektive die Stimmberechtigten drei Kreditvorlagen für den Raum Bahnhof Oerlikon beschlossen:

- GR 2009/14: 50 Mio. Franken für den Ausbau der bestehenden Unterführung West;
- GR 2010/198: 110 Mio. Franken für die Quartieranbindung Ost;
- GR 2012/373: 18.14 Mio. Franken für den Bahnhofplatz Süd.

Zusammen wurden 168 Mio. Franken gesprochen, mit einer Kostenbeteiligung der SBB AG von rund 18 Mio. Franken. Die SBB AG beteiligte sich bei der Unterführung West mit 5.9 Mio. Franken. Davon sind 2.2 Mio. für den Ausbau der Unterführung gedacht und 3.7 Mio. als «Mehrwertabgeltung». Bei der Quartieranbindung Ost beteiligte sich die SBB AG mit 12.047 Mio. Franken. Beim Bahnhofplatz Süd gab es keine Beteiligung seitens der SBB. Die SBB AG ist direkte Profiteurin der neuen Infrastruktur und der Aufwertungsmassnahmen rund um den Bahnhof Oerlikon. Unserer Meinung nach ist eine Beteiligung von 18 Mio. Franken - davon nur 3.7 Mio. Franken als Mehrwertabgabe - zu wenig. Weiter zu beachten ist dabei, dass die SBB AG zwei Hochhausprojekte realisieren wird (Andreasturm direkt bei der Quartieranbindung Ost und Franklinterm beim Bahnhofplatz Süd), die unmittelbar von den Infrastruktur- und Aufwertungsmassnahmen profitieren. Wir fordern den Stadtrat auf, neue Verhandlungen mit der SBB in Angriff zu nehmen, damit ein fairer Kostenverteiler gefunden werden kann.

Mitteilung an den Stadtrat

Das Postulat wird auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

1595. 2016/20

Dringliche Schriftliche Anfrage von Martin Götzl (SVP) und 37 Mitunterzeichnenden vom 13.01.2016:

Angabe der Nationalität bei Polizeimeldungen, Beurteilung der Situation nach den Vorfällen in Köln

Von Martin Götzl (SVP) und 37 Mitunterzeichnenden ist am 13. Januar 2016 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am 19. August 2015 überwies der Gemeinderat mehrheitlich ein Postulat, in welchem der Stadtrat aufgefordert wird zu prüfen, wie in den Polizeimeldungen und in der öffentlichen Kommunikation der Stadtpolizei auf die Angabe der Nationalität von Täterinnen und Tätern verzichtet werden kann (siehe Postulat 2015/137 von Min Li Marti SP, Samuel Dubno GLP und 6 Mitunterzeichnenden). Der Stadtrat war bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Nach den gravierenden Vorfällen in Köln und anderen deutschen Städten in der Silvesternacht hielten die Behörden die Informationen bezüglich der Herkunft der Täter bewusst zurück. Entsprechend ist die Empörung in der Bevölkerung riesig.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt der Stadtrat die Tatsache, dass in Zukunft in Zürich gegenüber der Bevölkerung die Herkunft von Tätern - auch in solchen Fällen wie sie in Köln und anderen Städten passiert sind - explizit verschwiegen werden soll?
2. Wie beurteilt der Stadtrat die entsprechende Empörung der Bevölkerung?
3. Wie gedenkt der Stadtrat - auch im Hinblick auf die Vorfälle in Köln, aber auch in Zürich in der Silvesternacht - das im Einleitungstext erwähnte Postulat 2015/137 umzusetzen?
4. Wie beurteilt der Stadtrat die Stellungnahme der Polizeicorps zu Überlegungen, wie sie im entsprechenden Postulat verlangt werden?

Mitteilung an den Stadtrat

1596. 2016/21

Schriftliche Anfrage von Samuel Balsiger (SVP) und Derek Richter (SVP) vom 13.01.2016:

Diebstähle und sexuelle Gewalt in der Silvesternacht in Zürich, Angaben zu einem allfälligen Sicherheitskonzept in Bezug auf das Asylwesen sowie Beurteilung der Sicherheitslage im Hinblick auf das Züri Fäscht und für den Schulbereich

Von Samuel Balsiger (SVP) und Derek Richter (SVP) ist am 13. Januar 2016 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Sicherheitsbehörden bestätigen: Es waren «frisch eingereiste Asylbewerber», die in Köln «Frauen wie Vieh jagten», ausraubten und massiv sexuell belästigten. Nun stellt sich raus: Auch Zürich ist Köln!

Die Stadtpolizei Zürich veröffentlichte am 7. Januar 2016 eine Fahndung. Darin wurde inhaltlich auf die «Schande von Köln» Bezug genommen. Denn unsere Ordnungshüter mussten über die Tragik informieren, dass es in der Silvesternacht am Zürcher Seebecken zu rund zwei Dutzend Diebstählen kam, bei denen zig weibliche Personen zusätzlich Opfer von sexueller Gewalt wurden. Die mutigen Frauen gaben anschliessend an, «dass sie in der Menschenmenge von mehreren Männern mit dunklerer Hautfarbe angegangen worden seien.» Das Aussehen der Angreifer wurde auch als «arabisch» beschrieben.

Ebenfalls in der Silvesternacht soll nahe der Schweizer Grenze eine Gruppe von Syrern zwei minderjährige Mädchen stundenlang vaginal und anal vergewaltigt haben. Einer der Tatverdächtigen wurde als Asylbewerber, der andere als anerkannter Flüchtling identifiziert. Den Status der anderen beiden Männer ist per heutigem Stand noch in Abklärung. Einer der mutmasslichen Vergewaltiger kommt aus Zürich.

Sefika Garibovic führt unter anderem im Auftrag von Jugendanwaltschaften Therapien mit Asylbewerbern durch, die Mädchen und Frauen in der Schweiz missbraucht haben. «Wir haben in den letzten Jahren Tausende junger Männer aus dem arabischen Raum, aus einem völlig anderen Kulturkreis, als Asylbewerber bei uns aufgenommen», sagt Garibovic in einem Zeitungsartikel vom 10. Januar 2016. Bezüglich ihrer Arbeit führt sie weiter aus: «Sie nehmen sich, was sie wollen, notfalls mit Gewalt.»

Auch der Strafrechtsprofessor Martin Killias (SP) spricht das Problem zwar mit sehr vorsichtigen, aber ähnlichen Worten an: «Für einzelne Männer aus diesem kulturellen Umfeld verdienen viele unserer Frauen keinen Respekt.»

Es ist die Therapeutin Sefika Garibovic, die feststellt: «Mit Schulsozialarbeit und Psychologen löst man dieses Phänomen nicht.» Weiter führt die studierte Sexualtherapeutin und Forensikerin aus: «Es passiert im Ausgang und auf Schulhöfen». «Aber die Öffentlichkeit erfährt nie davon, weil vieles vertuscht wird.»

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Corine Mauch (SP) ist als Stadtpräsidentin in der Führungsverantwortung. Warum äusserte sie sich bisweilen nicht zu den krassen Vorfällen in der Silvesternacht? Ist es nicht Aufgabe der Stadtpräsidentin, den Menschen in einer Krise beizustehen, auch wenn die Hintergründe möglicherweise nicht in ihr ideologisches Weltbild passen?
2. Welches Sicherheitskonzept hat der Stadtrat und/oder die Asylorganisation AOZ erarbeitet, um die Bevölkerung trotz der stark steigenden Asylzahlen zu schützen? Wir bitten um das entsprechende Dokument.
3. Falls kein Sicherheitskonzept in Bezug auf das Asylwesen vorliegt: Warum wurden die entsprechenden Sicherheitsmassnahmen von Seiten des Stadtrates und/oder der Asylorganisation AOZ nicht getroffen?
4. Falls kein Sicherheitskonzept in Bezug auf das Asylwesen vorliegt: Wird nach den krassen Vorfällen, bei denen mutmasslich Asylbewerber und Flüchtlinge involviert sind, nun von Seiten des Stadtrates und/oder der Asylorganisation AOZ ein schriftliches Sicherheitskonzept erarbeitet?
5. Wie beurteilen der Stadtrat und die Asylorganisation AOZ die Sicherheitslage der Bevölkerung vor dem Hintergrund der stark steigenden Asylzahlen? Wir bitten um eine konkrete Antwort.
6. Im Juli 2016 findet das «Züri Fäscht» statt. Die Bevölkerung wird sich dabei drei Tage lang vergnügen wollen. Frauen werden sich, so wie es ihnen gefällt und es in unserem Kulturkreis nichts Besonderes darstellt, auch freizügiger kleiden. Welche Sicherheitsvorkehrungen trifft der Stadtrat und/oder die Asylorganisation AOZ in Bezug auf das «Züri Fäscht» und ähnliche Veranstaltungen, damit sexuelle Gewalt gegen Frauen wie in der Silvesternacht nicht vorkommt?
7. Von wie vielen Vorfällen sexueller Gewalt gegen Mädchen auf den Schulhöfen, bei denen Asylbewerber und/oder Flüchtlinge involviert sind, hat der Stadtrat Kenntnis? Oder weiss der Stadtrat diesbezüglich nichts, wie die Äusserungen der Sexualtherapeutin und Forensikerin Sefika Garibovic vermuten lassen?
8. Gehen wir recht in der Annahme, dass der Stadtrat die starke Einwanderung aus völlig fremden Kulturen nicht stoppen will? Gleichzeitig lassen sich die dadurch geschaffenen Probleme mit Schulsozialarbeit und Psychologen nicht lösen. Es ist einleuchtend, dass nicht jedem Asylbewerber ein Therapeut

zur Seite gestellt werden kann. Wie möchte also der Stadtrat die geschaffenen Probleme lösen?

9. Der Stadtrat nahm im September 2015 das Postulat GR Nummer 2015/182 entgegen. Der Vorstoss fordert, dass zum ordentlichen Kontingent weitere 1'000 Asylbewerber aufgenommen werden sollen. Welche Sicherheitsüberlegungen werden diesbezüglich gemacht?
10. Sexuelle Gewalt gegen Frauen, wie sie in der Silvesternacht in Köln und Zürich passierten, kannte man zum Beispiel bereits vom Tahrir-Platz in Ägypten. Das Phänomen der gemeinschaftlich begangenen sexuellen Belästigung von Frauen ist in arabischen Ländern schon lange ein Problem und als «taharrush gamea» bekannt. Dass durch die starke Einwanderung aus völlig fremden Kulturen die dortigen Missstände zu uns getragen werden, ist naheliegend. Kommt die weitere Eskalation für den Stadtrat sowie für die Asylorganisation AOZ dennoch komplett unerwartet? Welche Schlüsse zieht der Stadtrat nun im Nachhinein?
11. Wie beurteilt der Stadtrat und/oder die Asylorganisation AOZ das Phänomen der gemeinschaftlich begangenen sexuellen Belästigung von Frauen, welches in arabischen Ländern als «taharrush gamea» bekannt ist? Wird erwartet, dass durch die stark steigenden Asylzahlen diese sexuelle Gewalt gegen Frauen in Zürich vermehrt vorkommen wird?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

- 1597. 2014/136**
SK PRD/SSD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Nicolas Esseiva (SP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2016

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 11. Januar 2016):

Dr. Jean-Daniel Strub (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und an den Gewählten

- 1598. 2014/140**
SK GUD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Petek Altinay (SP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2016

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 11. Januar 2016):

Marion Schmid (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählte

- 1599. 2015/125**
Paritätische Kommission Uri/Zürich, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Christina Hug (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2014–2016

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 11. Januar 2016):

Simon Kälin (Grüne)

Mitteilung an den Stadtrat und an den Gewählten

Nächste Sitzung: 20. Januar 2016, 17 Uhr.